

WÖRKERAS

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr. 21 1990 Preis 7.-

Solidaritätspreis 10.-

STOPPT die Rechten

In allen Bereichen der Gesellschaft sind die Rechten zu einer antisozialistischen Offensive angetreten. Bürgerliche Politiker und Journalisten werden nicht müde, uns den endgültigen Sieg des Kapitalismus zu erklären und die Beseitigung aller "sozialistischen Elemente" von österreichischem Boden zu fordern. Dabei bemüht sich die FPÖ um ein volksverbundenes Image, während die ÖVP verstaubte Theorien als brandneue Zukunftstheorien verkaufen will.

Natürlich ist es blanke Demagogie, wenn sich die bürgerlichen Parteien ein ökologisches, soziales oder basisnahes Mäntelchen umhängen (es sind ja Wahlen!). Die ÖVP ist als die "große Unternehmerpartei" der direkte Vertreter der Umweltverschmutzer Nr. 1. Nicht strengste Auflagen und Verursacherprinzip sondern "freiwillige Vereinbarungen" mit der Wirtschaft (Schüssel) und haufenweise Ausnahmegenehmigungen für die größten Drecksschleudern lautete bisher ihre Politik und wird sie auch weiter lauten.

Wie sozial ÖVP und FPÖ tat-

sächlich sind, haben viele Arbeitnehmer schon in der Vergangenheit zu hören bzw. zu spüren bekommen: Privatisierungen in der Verstaatlichen und damit verbunden Entlassungen und Angriffe auf die Rechte der Arbeiter, immer frechere Kürzungen und Kürzungsforderungen im Sozialbereich, Ausbau des Militärbudgets, steigende Wohnungsnot und katastrophale Zustände auf den Hochschulen. In wichtigen Bereichen haben die beiden Parteien des Kapitals Schutzbestimmungen aufgeweicht, wie zum Beispiel bei den Ladenschlußzei-

ten und dem Mieterschutz. Und die angeblich so zukunftsträchtigen Konzepte dieser Parteien sind voll mit weiteren Angriffen auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung und Geschenken an die Unternehmer (z.B. Abschaffung der Betriebssteuer).

Auch die Volksverbundenheit von Großgrundbesitzer Haider und dem Multifunktionär Lichal darf bezweifelt werden. Ohne SPÖ-Bonzen wie Rechberger entschuldigen zu wollen, haben FPÖ und ÖVP, bei denen Spitzenbezüge und Postenschächer schon immer dazu



Inhalt:	
Lehrlingssituation.....	3
Südafrika.....	4
Polen.....	5
DDR.....	7
Sowjetunion.....	8
Wasser.....	10
Ausländer.....	11
SJ.....	12
Arbeitsbedingungen im Handel.....	13
Kampffond.....	13
Atomkraft.....	14
Arbeiterräte in Ungarn.....	15
Was wir wollen.....	16

gehörten, überhaupt keine Begründung, sich als moralische Richter der SPÖ gegenüber aufzuspielen.

Die Ursache dafür, daß ÖVP und insbesondere FPÖ mit ihren reaktionären Forderungen und Inhalten derzeit Fuß fassen können, liegt bei der Politik der SPÖ-Führung. Sie scheute sich nicht, zuerst in einer Koalition mit der FPÖ und (als Konsequenz aus den Wahlniederlagen) dann mit der ÖVP Kürzungs- politik zu betreiben. Die Parteiführung hat in der Vergangenheit fast immer den Druck der Bürgerlichen nachgegeben, oftmals Attacken auf die Arbeiterklasse sogar aktiv mitgetragen und hinterher das Ganze als sozialistische Politik verkaufen wollen. Finanzskandale und Einkommen, die eines Sozialisten unwürdig sind, schufen und schaffen die Basis für die verlogene FPÖ-Hetze. Und wenn Zentralsekretäre ausländerfeindliche, rassistische Parolen eines H.J. aufgreifen, während sie sonst stets von Entsolidarisierung schweltern, darf man sich über ein günstiges Klima für den Zulauf zu den Rechten nicht wundern.

In den Augen vieler Arbeiter unterscheidet sich die SPÖ-Führung leider kaum noch von der VP und FP. Die Folge davon sind vielfach Resignation, Wahlniederlagen und sogar Überlaufen zur FPÖ - meist nur, um den SPÖ-Bonzen einen Denkzettel zu verpassen. Unsere Parteiführung will diese gefährliche Situation einfach nicht wahrhaben. Sie erklärt kurzerhand Niederlagen zu Siegen und glaubt, verlorenen Boden durch immer rechtere bzw. gar keine Inhalte wettmachen zu können.

Dabei gäbe es genug Bedarf für eine sozialistische Politik: Zum Beispiel die Wohnungssituation: Im letzten Jahrzehnt stiegen die Mieten wesentlich stärker an als die Löhne. Allein in Wien warten 50.000 auf eine Wohnung, 10.000 sind obdachlos während 53.000 Wohnungen aus

Spekulationsgründen leerstehen. Zum Beispiel Arbeitslosigkeit: Trotz Hochkonjunktur beträgt die Arbeitslosenrate 5%, insbesondere Jugendliche sind betroffen. 1989 kamen 4 Arbeitslose auf eine offene Stelle. Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen muß mit weniger als 5000, monatlich auskommen.

Zum Beispiel sozial Schwäche: Während der Kapitalismus angeblich entgültig gesiegt hat, produziert er immer größere soziale Randgruppen. Für sie wird jährlich die lächerliche Summe von 700 Millionen aufgewendet, während die wirklichen Schmarotzer in den Chefetagen der Unternehmen 100 Milliarden im Jahr an Subventionen und Steuererleichterungen erhalten. Doch gegen sie hetzen VP und FP nicht. Für sie sind Obdachlose, Drogensüchtige und andere "Kriminelle" Zielscheibe Nr. 1, obwohl sie das Resultat des vielgepreisen kapitalistischen Systems sind.

Der Zulauf zur FPÖ ist ein Ausdruck der Unzufriedenheit vieler Arbeiter. Haider und Konsorten verstehen es geschickt, bestehende Probleme und Ängste (Arbeitslosigkeit, Privilegien, undemokratische Zustände...) aufzugreifen. Tatsächlich bieten weder FPÖ noch ÖVP wirkliche Lösungen an. Im Gegenteil: sie halten nur von wirklichem Widerstand ab und haben die allerschlimmsten Konzepte parat. Die SPÖ-Führung darf da nicht länger stillhalten bzw. mitmachen. Sie muß den demagogischen Angriffen der Rechten klare sozialistische Antworten geben:

- *) Privilegienabbau durch Arbeiterlohn für Funktionäre
- *) Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung
- *) Rücknahme aller Kürzungen - kostenlose Krankenversorgung, Kultur und Sportmöglichkeiten
- *) Strengste Umweltauflagen - Enteignung bei Nichteinhaltung, Vorrang für ÖBB und Straßenbahn - Nulltarif im Nahverkehr
- *) Kämpferische Gewerkschaftspolitik. (Die Rad. Juli 90)

litik -Lohnerhöhungen und Mindestlohn von 12.000,-
*) Schluß mit den Privatisierungen - Weitere Verstaatlichung aller wichtigen Bereiche unter demokratischer Arbeiterkontrolle und Verwaltung

Den Begriff Sozialismus in eine solche Politik übersetzt und offensiv in der Tagespolitik umgesetzt, würde der SPÖ die absolute Mehrheit bringen und die Rechten stoppen.

John Evers SJ 5

EDITORIAL

Liebe Genossin! Lieber Genosse!
Die Kapitalisten bejubeln das - wie sie es nennen - "Ende des Sozialismus". Sie waren schon immer interessiert daran, stalinistische Diktaturen als Sozialismus darzustellen, um Arbeiter von revolutionären Ideen abzuschrecken. Aber auch viele Linken prophezeien eine Jahrzehntelange Eiszeit für fortschrittliches Gedankengut. Wir aber glauben, daß marxistische Konzepte angesichts der bestehenden Probleme notwendiger sind, als je zuvor.

In Osteuropa gilt es klar aufzuzeigen, daß Fehlplanung und Repression an der jetzigen Misere schuld sind und daß nur Arbeitendemokratie im Betrieb und Gesellschaft ein Weg aus dem Chaos ist. In der kapitalistischen Welt zeigt sich angesichts von Hungerkatastrophen, Diktaturen, Umweltzerstörung und sinkendem Lebensstandard daß die prokapitalistische Hetzkampagne eine bloße Farce ist. Die Massensträfe in Israel, Griechenland und Brasilien zeigen, daß die Arbeiterklasse als entscheidende Kraft noch lange nicht tot ist. Was fehlt, ist eine starke, marxistische Führung.

Wir versuchen, die Notwendigkeit für Sozialismus und die Möglichkeiten einer kämpferischen Führung aufzubauen, zu beschreiben. Unterstützt uns bei diesem Kampf für eine starke marxistische Presse und eine sozialistische Politik. (Die Rad. Juli 90)

Lernst was? Bist was?

Lehrling:

Garantie für eine halbe Ausbildung.

Garantie für zahlreiche unbezahlte Überstunden.

Garantie für miese Bezahlung und Garantie für Bosse, die sich an der Lehrlingsarbeit bereichern.

In der Schule sind es in erster Linie die Noten, mit denen der Lehrling unter Druck gesetzt wird. Das Mitteilen der Noten an die Firma verursacht in manchen Fällen sogar das Aufgeben des Lehrplatzes. Das zeigt auf, daß die Berufsschule ihre Autorität nur mittels Notendruck oder Anrufen in der Firma aufrechterhalten kann - was ja nicht der Zweck des Berufsschulsystems sein sollte. Dadurch ist der Schulverdrüß bei Lehrlingen sehr groß. Und das, obwohl der Großteil der Ausbildung in der Schule vermittelt wird.

Nicht nur, daß das Berufsschulsystem veraltet ist, sondern es ist auch kein Geld für die nötigsten Anschaffungen, wie z.B. praktische Lehrbehelfe, vorhanden. Ebenso fehlt den Lehrern nicht nur oft die qualifizierte Ausbildung in den einzelnen Gegenständen, sondern auch die nötige Zeit, sich mit einzelnen Schülern intensiver in kleinen Gruppen zu befassen. Hier könnte nur der zweite Berufsschultag - verbunden mit verbesserter Lehrerausbildung - wirklich Abhilfe schaffen. Diese alte Forderung ist aufgrund von zähem Widerstand der Handelskammer immer noch nicht verwirklicht. Denn das würde für die Bosse bedeuten, daß der Lehrling weniger im Betrieb und dafür mehr in der Schule ist: d.h. er kann weniger "für den Betrieb arbeiten" und steht auch weniger unter der direkten Kontrolle des Chefs.

Die Ausbildung im Betrieb ist meist noch mieser als die in der Schule. Der Lehrling ist nur

eine billige Arbeitskraft, die nach 3 bzw. 4 Jahren entlassen wird oder aber aufgrund der schlechten Bedingungen von selber geht. In anspruchsvolleren Abteilungen, wie der Buchhaltung, mitzuarbeiten, ist für den Lehrling fast unmöglich, obwohl das eher zu seiner Ausbildung gehört als Saubermachen. Und die meisten Lehrlinge, vor allem in kleineren Betrieben, kennen aus eigener Erfahrung "berufsbezogene" Tätigkeiten wie Staubsaugen, Kaffeekochen - aber auch Autowaschen oder Holzhacken ist durchaus nicht unbekannt. Das heißt also, der Lehrling ist nur eine billige Arbeitskraft, die keine Chancen hat, an wichtigeren und interessanteren Arbeiten heranzukommen. Natürlich gibt es immer positive Ausnahmen, doch der Regelfall sieht leider so aus. Vor allem im Einzelhandel ist das Erklären und Verkaufen der Waren mangelhaft. Es fehlt nicht nur an der richtigen Wortwahl, sondern auch an der Erklärung der Produkte, die der Lehrling laut Ausbildungsplan (Berufsbild) verkaufen soll. Hier fehlen vor allem stärkere Kontrollen durch den ÖGB. Wenn



Ausbildung oder Ausbeutung

es verstärkte Kontrollen und höhere Geldstrafen gäbe, würden es sich die Unternehmer zweimal überlegen, wie sie Lehrlinge behandeln.

Auch die Überstundensituation ist fatal. Lehrlinge dürfen (mit wenigen Ausnahmen) überhaupt keine Überstunden machen. Aber es gibt wohl keinen Lehrling, der noch nie Überstunden gemacht hat. Viele Lehrlinge wollen aber Überstunden machen, um auf diese Weise ihren mageren Lohn aufzubessern. Es wird von konservativer Seite immer behauptet, daß die Arbeitnehmer lieber mehr Geld als Arbeitszeitverkürzung wollen: kein Wunder bei dieser miesen Bezahlung. Doch ist das kein Argument gegen eine Arbeitszeitverkürzung, sondern für gleichzeitige drastische Lohn erhöhungen.

All das, was der Lehrling im Betrieb macht, ist erschreckend schlecht bezahlt. Der Lehrling erledigt gerade in kleineren Betrieben schon bald nach seiner Einstellung die gleichen Arbeiten wie ein Ausgelernter, jedoch bekommt er wesentlich weniger bezahlt. Doch auch wenn er schließlich ausgelernt ist, bekommt er immer noch einen Spottlohn. Zur Belohnung daß er arbeiten "darf", muß er sich auch noch Nebenkosten wie Fahrt - oder Pendlerspesen zum Großteil selbst bezahlen. So kommt es, daß die ohnehin geringe Entschädigung noch weiter schrumpft. Die Lehrlingsentschädigung muß, egal in welcher Berufssparte ein menschenwürdiges und eigenständiges Leben garantieren können.

Daher fordern wir:

- *) Drastische Erhöhung der Lehrlingsentschädigung
- *) Sofortige Einführung der 35 Std. - Woche als 1. Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung
- *) Errichtung von Überbetrieblichen Lehrwerkstätten unter Kontrolle des ÖGB
- *) Verschärfte Betriebskontrol len durch den ÖGB

Michael Bonvalot SJ 5

Alexandra Linzer SJ 20

Südafrika

Die Zukunft ist ROT

Am 11.2.90 wurde Nelson Mandela nach fast 30jähriger Haft entlassen. Am 2.5. kam es zum ersten offiziellen Treffen zwischen Vertretern von Regierung und ANC (Afrikanischer Nationalkongress) nach mehr als 40 Jahren. Durch Verhandlungen soll es zu einer "friedlichen Einigung" zwischen der schwarzen Mehrheit und der weißen Minderheit kommen. Aber eine Einigung wäre nur ein fauler Kompromiß, wirklichen Verbesserungen wird die weiße Regierung nicht zustimmen.

In einer Rede am 17.4. machte De Klerk ganz eindeutig klar, was er unter dem Ende der Apartheid versteht. Das vom ANC geforderte Wahlrecht "Ein Mensch - eine Stimme" sei für ihn unakzeptabel, da es zu "Machtkämpfen" und der "Unterdrückung von Minderheiten" führe. Er meinte, daß alle Reformen von den derzeit Wahlberechtigten - und davon ist die schwarze Mehrheit ausgeschlossen - in einer Wahl oder Volksabstimmung akzeptiert werden müßten, was nichts anderes bedeutet als ein weißes Veto. De Klerks Modell ist das "Gruppenwahlrecht", wonach jede Gruppe, egal wie groß sie ist, gleiches Gewicht haben soll. Außerdem wird von Regierungsseite verlangt, daß der ANC künftig auf jegliche Gewaltanwendung verzichtet. Währenddessen setzt die Regierung ihren, vor Waffen strotzenden Repressionsapparat (inklusive Inkatha), weiter fleißig ein.

Die Inkatha nennt sich selbst "Befreiungsbewegung". In Wirklichkeit ist sie das Ergebnis der Versuche der Regierung, die Schwarzen zu spalten. Der Führer der Inkatha, Buthelezi, ist

Minister- und Polizeipräsident in einem Homeland - einem jener Gebiete, die laut Südafrikas Regierung völlig "unabhängig" sind. Real ist Buthelezi der verlängerte Arm Pretorias. Die Inkatha stellte bei Streiks oft Streikbrecher und provozierte (mit Unterstützung der Polizei) Kämpfe mit Anhängern des ANC und der demokratischen Gewerkschaften. Sogar Mordanschläge auf aktive Gewerkschafter gehen auf das Konto dieser "Bewegung".

Die Anhängerschaft der Inkatha dürfte lange nicht so groß sein, wie Buthelezi behauptet. Ein Posten in der Verwaltung ist fast un trennbar mit einer Mitgliedschaft in der Inkatha verbunden. Immer mehr Schwarze wenden sich von ihr ab, da sich ihre Lage ständig verschlechtert und die Inkatha keinen Ausweg aufzeigen kann.

In der Provinz Natal kommt es seit Jahren immer wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen ANC-Sympatisantinnen und Mitgliedern der Inkatha. Ein guter Vorwand für die Regierung dort wo es eine sehr kämpferische Jugendbewegung gibt - den Aus-



Freude über Mandelas Freilassung

nahmezustand aufrecht zu erhalten.

Wirtschaftliche Lage

Südafrika spielt aufgrund seiner Bodenschätze (Gold, Kohle, Platin, Diamanten,...) und des niedrigen Lohnniveaus eine wichtige Rolle am Weltmarkt. SA fördert mehr als die Hälfte des weltweit produzierten Goldes.

Aber nicht zuletzt der Verfall des Goldpreises führte zu einer Gesamtverschuldung Südafrikas von 21,2 Milliarden US\$. Die Inflationsrate liegt derzeit bei 15%, das Wirtschaftswachstum bei 0,0%, und die Goldminen sind längst nicht mehr so ergiebig.

Angesichts der Lohnforderungen der schwarzen Arbeiter drohen die Minenbesitzer mit Entlassungen bzw. Schließung. Aber auch in allen anderen Wirtschaftszweigen gibt es erbitterte Lohnkämpfe. Als die Gewerkschaft der Bauerbeiter (CAWU) eine Erhöhung des Stundenlohns um mindestens 1,03 Rand forderte, legte sich die Leitung des zum Schweizer Eternit-Konzern gehörigen Werks quer. Dabei hätte diese Erhöhung bei den Mindestlohnempfängern immer noch Löhne unter dem Existenzminimum ergeben. Bei diesen und anderen Streiks verwendeten die Unternehmer Mittel wie Aussperrungen, Kündigungen von Streikenden und Einstellung von Streikbrechern und den Einsatz des Militärs.

Die Regierung in Pretoria hat sehr genau erkannt, daß die Situation äußerst gespannt ist. Nun versucht sie, die Situation durch Verhandlungen mit dem ANC zu beruhigen. Aber um die Situation der schwarzen Arbeiter zu

verbessern, reicht es nicht, die Rassentrennung aufzuheben. Die Ausbeutung der Arbeiter kann sicher nicht auf dem Verhandlungsweg beseitigt werden.

ANC

Der ANC wurde 1912 gegründet, 1960 verboten und am 2.2.1990 offiziell wieder zugelassen. Bis Mitte der 40er Jahre bestand seine Hauptkampfform im Formulieren von Eingaben und Petitionen und der Entsendung von Delegationen. 1944 kam eine militärische Führung (Mandela, Tambo etc.) an die Macht. In den 60er Jahren, nachdem es zahllose blutige Demonstrationen gegeben hatte, entschied man sich für den Guerillakampf, und es kam zur Gründung der Umkhonto We Sizwe ("Speer der Nation"). Die Trainingslager des ANC in den Nachbarländern (Angola, Mosambik) dienten der südafrikanischen Regierung als Vorwand, die betroffenen Länder anzugreifen.

Der Guerillakampf hat vor allem bei der radikalierten Jugend nach wie vor eine Basis. Gleichzeitig hat sich aber eine wesentlich größere und effektivere Form des Kampfes entwickelt. In SA leben etwa 80% der schwarzen Bevölkerung von der Arbeit in Industrie, Bergbau und fabriksähnlichen landwirtschaftlichen Betrieben - für sie ist der Guerillakampf unmöglich. Ihre Kampfform sind Streiks verbunden mit Massenaktionen in den Townships, die nicht nur von Arbeitern, sondern auch von radikalen Jugendlichen und Arbeitslosen unterstützt werden. Während der gesamten 80er Jahren gab es immer stärkere Streikbewegungen. Es kam zur Bildung zahlreicher Gewerkschaften, von denen sich viele 1985 unter dem Dachverband COSATU zusammenschlossen. Die COSATU ist eine nicht rassische (d.h. nicht rein schwarze Gewerkschaft) mit mehr als 1 Million Mitgliedern.

Der ANC verfaßte 1969 sein Befreiungskonzept, worin folgende Punkte besonders hervorgehoben werden:

Bündnispartner für die schwarzen Arbeiter sein.

Die Zukunft ist ROT

Der ANC versucht nun, die Apartheid durch Verhandlungen umzurücksieden. Noch steht ein großer Teil der Schwarzen hinter der Führung des Afrikanischen Nationalkongress, aber sie verlangen höhere Löhne, bessere Wohnungen und niedrigere Mieten. Viele militante Jugendliche in den Townships glauben nicht an die Verhandlungsbereitschaft der Regierung. Auch beim größten Teil der schwarzen Gewerkschaften gibt es Skepsis über den möglichen Ausgang der Verhandlungen.

Unklar ist auch, wie lange sich die "Reformregierung" De Klerks



Militäreinsatz gegen Aufständische in den Townships

sich ursprünglich auf die sozial und gesellschaftlich Unterdrückten bezog, auf alle Gruppen ausgedehnt, die aus irgendwelchen Gründen die Aufhebung der Apartheid fordern. Das führte dazu, daß der ANC Massenaktionen zurückhält, um jene "liberalen Unternehmer", die für die Abschaffung der Apartheid eintreten, nicht zu verärgern. Eine Abschaffung der Apartheid wäre für viele Kapitalisten günstig, da erstens soziale Spannungen abgebaut würden und zweitens das Angebot an Arbeitskräften größer wäre (Wegfall der Paßgesetze, größere Mobilität). Dieselben Unternehmer scheuen aber nicht davor zurück, bei Lohnforderungen zu härteren Mitteln zu greifen. Sie können also keine noch halten kann. Bei den letzten Wahlen konnte die konservative Partei, die strikt gegen die Aufhebung der Apartheid ist, enorme Stimmengewinne verbuchen. Und das internationale Kapital wird immer jene Regierung unterstützen, die ihre Profite sichert und nicht jene, die humaner ist. Auch wenn andere Regierungen das Apartheidregime kritisieren, wird das die Konzerne nicht daran hindern, Geschäfte zu machen. Vertreter des ANC haben mitgeteilt, daß man zwar die Schlüsselindustrie irgendwie unter Kontrolle bringen will, daß es aber keine Beschlagnahmungen ohne Vergütungen geben soll. Die Führungen von ANC und COSATU haben sich für eine gemischte Wirtschaft

entschieden, während große Teile der Gewerkschaftsbewegung die Verstaatlichung von Industrie und Minen als einziges Mittel sehen, um ihre soziale Situation zu verbessern. Bereits auf einer Konferenz der NUM (Gewerkschaft der Minenarbeiter, größte Einzelgewerkschaft der COSATU) 1987 wurde folgende Resolution beschlossen: "Die Arbeiter dieses Landes kämpfen nicht nur für bessere Lebensbedingungen, sondern auch für eine demokratische sozialistische Gesellschaft, kontrolliert durch die Arbeiterklasse."

Sie haben in der Vergangenheit schon versucht, Arbeitskämpfe auf eine breite politische Basis zu stellen, indem sie zu Konsumentenboykotts und Spendenaktionen in den Townships aufriefen. 1988 rief die COSATU zu einem Arbeitergipfel auf, bei dem unter anderem die Forderung nach einem existenzsichernden Mindestlohn beschlossen wurde. Eine Kampagne dafür, verbunden mit der Forderung nach Verstaatlichung der wichtigsten Industrien, Banken und Minen, kann eine Massenbasis finden. Obwohl der ANC die schwarze Bevölkerung größtenteils organisiert, müssen sich die Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften) ihrer Verantwortung bewußt sein. Die einzige Hoffnung für SAs Bevölkerung, für die Befreiung der unterdrückten Arbeiter jeder Hautfarbe, ist eine sozialistische Veränderung. Wenn man aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung die Lehre zieht, zeigt sich klar, daß die Führungsrolle für soziale Veränderungen immer von der Arbeiterklasse übernommen wurde. Sie muß auch in SA den unterdrückten Massen den Weg zu einer radikalen Umwälzung zeigen.

Sanja Grusch SJ 10

POLEN

Die rücksichtslose Kürzungs-
politik der Regierung gegen
Polens Arbeiterklasse hat die
tiefen Wirtschaftskrisen des
Landes noch weiter verschärft.

Die Industrieproduktion ist
beispielsweise in den ersten 4
Monaten dieses Jahres um 27,6 %
gegenüber dem Vorjahr gefallen.
In der gleichen Zeitspanne sind
aber die Exporte in den Comecon
um 26,6 % und in den Westen um
38,7 % gestiegen! Diese "Aus-
verkaufspolitik" bewirkte, daß
das Warenangebot in Polen selbst
stark gesunken ist und zusätz-
lich die Realeinkommen der
Bevölkerung unter der
Macowiecki-Regierung um mindes-
tens ein Drittel fielen.

Doch die polnische Arbeiter-
klasse ist nicht grenzenlos
belastbar. Im einwöchigen Eisen-
bahnerstreik hat sich gezeigt,
daß sich die Arbeiter unter dem
Vorwand "Marktwirtschaft" nicht
alles gefallen lassen. Die
Regierung, die den möglichen
"Dominoeffekt" fürchtete, for-
derte die Eisenbahner sofort
auf, den Aussstand zu beenden.
Lech Wałęsa kritisierte zwar die
Politik der Regierung als sozial
unausgewogen, erwies sich letzt-
endlich allerdings abermals als
Streikbrecher. Doch selbst ihm
gelang es erst nach mehreren
Versuchen, unter dem äußersten
Einsatz seiner Autorität, die
Arbeiter zum Abbruch ihrer
Aktionen zu bewegen.

Masowiecki bezeichnete den
Streik gar als Gefahr für die
Demokratie. Nur ist seine "Demo-
kratie" eine "Demokratie", in
der sich die Masse der Bevölke-
rung zwar alles wegnehmen und
gefallen lassen soll, aber nicht
ihren Widerstand äußern darf.
Doch dafür haben Polens Arbeiter
nicht gekämpft. Sie haben
kein Vertrauen mehr in die
rechte Regierung und Gewerkschaftsführung. Das zeigte
letztlich auch die geringe
Wahlbeteiligung bei den ersten
wirklich freien Kommunalwahlen.
Sie betrug weniger als 50 %.

In der näheren Zukunft wird
sich die Solidarnosc wahrscheinlich
spalten. Eine Organisation
kann nicht gleichzeitig eine
Gewerkschaft sein, die die
Arbeiter vertritt und in der
Regierung eine zutiefst arbeiter-
feindliche Politik betreibt.
Es bestehen bereits rivalisie-
rende Flügel. Die bekanntesten
Köpfe sind wohl Macowiecki, um
den sich die Regierungs-Solidarnosc
gruppiert, und Lech Wałęsa, der
zwar eher die Gewerkschafts-
linie vertritt, aber auch erz-
konservativ ist. Aus Enttäuschung
über die Führung entstand
die sogenannte kämpfende Soli-
darnosc und sogar unabhängige
Gewerkschaftsgruppen. Selbst die
diskreditierten stalinistischen
Gewerkschaften erhalten wieder
Zulauf, weil sie die Interessen
der Arbeiter oft eher vertreten



Solidarnosc vor der Spaltung?

als die Solidarnosc-Führung.

Die marktwirtschaftlichen
Reformen werden die Preise
weiter steigen lassen, während
die Löhne gleichbleiben bzw. die
Realeinkommen sinken. Westliche
Unterstützung ist bis jetzt
weitgehend ausgeblieben, denn
die Kapitalisten wollen nur
wenige rentable Betriebe aufkau-
fen. Die Überwiegende Mehrheit

der Industrie wird daher, wegen
Unrentabilität und veralteten
Maschinenpark, in Polens Hand
bleiben. Marktwirtschaftliche
Programme haben also bis jetzt
nur zu mehr Spekulation,
Schwarzmarkt, Inflation und
Verarmung geführt. Für Polens
Arbeiterklasse gibt es keine
"gute kapitalistische" Zukunft.
Die ersten Streiks sind Zeichen

eines neuen Selbstbewußtseins.
Polens Arbeiter werden nach den
Erfahrungen mit Stalinismus und
marktwirtschaftlichen Konzepten
in den kommenden Kämpfen nach
neuen Lösungen suchen. Marxisten
müssen stets betonen, daß eine
demokratische Arbeiterkontrolle
der Industrie der einzige Ausweg
ist!

David Mum SJ 23

BRDigung der DDR

Die Euphorie der Revolution
ist verflogen. Viele fragen sich
heute schon, was sie denn er-
reicht hätten. Die Arbeiter-
klasse hat unter dem Diktat des
BRD-Kapitals nichts zu sagen.

Doch regt sich bei jenen
Widerstand, die bereits engeren
Kontakt mit dem "Goldenem Westen"
hatten (z.B. hohe Mieten in
Westberlin). Fast täglich finden
im Schul-, Agrar- oder Industriesektor
Demonstrationen und
Streiks statt. Die Regierung
reagiert darauf mit vorge-
schobenen Rechtfertigungen ("die
Einheit kostet halt"). Als
intensive Anschlußpolitiker, im
Sinne des Kapitals, stellen sich
auch die Abgeordneten der SPD-
Ost heraus, die zuletzt sogar
die SPD-West (Lafontaine) wegen
deren zeitweiliger Ablehnung des
Staatsvertrages kritisierten.
Mit dem Stichtag 1.Juli soll die
Wirtschafts-, Währungs- und
Sozial(?)union eingeführt
werden. Viele BRD-Betriebe
wollen sich schon jetzt ihren
Platz sichern, so z.B. die enge
Zusammenarbeit von Carl Zeiss
und Schott Glaswerke (BRD) mit
(noch-) VEB Carl Zeiss Jena und
(noch-) VEB Jenauer Glaswerke.
Das Petrochemische Kombinat
Schwedt verfährt etwas anders,
indem es sich zu einer billigen
Abfüllstation für West-Sprays
gemauert hat mit nur sehr
geringen Umweltauflagen! Hingegen
soll gemäß der Regierungs-
propaganda der DDR diese ihre
Art des Naturschutzes und das
SERO-System (Sekundäröhrstoff)
zur Wiederverwertung von

Papier, Glas und Plastik in das
"neue" Gesamtdeutschland ein-
bringen.

Während also eifrig viele
Wirtschaftsbeschränkungen von
der Regierung demonstriert werden,
wurde eine Verordnung beschlos-
sen, wonach eine Regierungs-
kommission die Parteivorräte
der alten Parteien kontrollieren soll - allerdings war bisher
nur die Rede von der PDS, der
zur Zeit einzigen Linksopposition.
Viel eher sieht diese
Politik wie eine Vorwarnung
gegenüber der Arbeiterklasse aus
sich nicht weiter gegen die
"real stattfindende" kapitalisti-
sche Restauration zu wehren.
Wie sehr die Arbeiterklasse
schon in die Defensive gedrängt
ist, zeigen nicht zuletzt die
immer frecheren Aktionen der



Nachteile durch Anschluß:
fraueneindliche BRD-Gesetze

Rechtsradikalen. Schon fast
wöchentlich treten Skinheads in
(Ost-) Berlin prügelnd auf und
werden nur von Punks und
Anarcho bekämpft, dies aber
sehr schlagkräftig! Zu den
Ausschreitungen anlässlich des
Hitler-Geburtstags, am 20. April
meinte der Polizeipräsident von
(Ost-) Berlin "man müsse
zuerst die Neudeinition der
politischen Begriffe Links-
Rechts" des Innenministers
Diestel (DSU) hören, um
"richtig" einschreiten zu
können".

Angesichts solcher "Unklar-
heiten" und der Politik der
gewendeten Bürokraten (heute
v.a. CDU, DSU !) kann die ein-
zige Lösung nur darin bestehen,
durch eine marxistische Linke
mit klaren Perspektiven das
Schicksal in die eigene Hand zu
nehmen, um den Demokratischen
Sozialismus aufzubauen! Der
Kapitalismus wird die großen
Probleme der Gegenwart und
Zukunft, die er selbst geschaf-
fen hat (Umweltzerstörung,
soziales Elend in weiten Teilen
der Welt) nicht lösen können!

Thomas Mann SJ 5

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und
für den Inhalt verantwortlich:
Andrea Koch
Grenzacherstr. 19/9/4 1100 Wien
Druck: A. Riegelnik
Piaristeng. 19 1080 Wien
Errscheinungsstadt: Wien

Alle Macht den Räten



Kaum ein Tag ohne Sensationsmeldung aus der Sowjetunion. Jelzin ist zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet der Russischen Republik gewählt worden. Ist das die politische Revolution, die das stalinistische System stürzt?

Die bürgerlichen Medien jubeln: Das ist der Sieg des Kapitalismus. Aber trotzdem müssen die Bürgerlichen scheitern, die Entwicklung richtig zu beurteilen. Die neue, politische Revolution wird nicht von einzelnen Bürokraten gemacht, auch ist die Restauration des Kapitalismus nicht ihr Ziel; der Sturz des Stalinismus wie des Kapitalismus wird das Werk der Arbeiter sein!

Noch leiden die sowjetischen Arbeiter unter unvorstellbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen des stalinistischen Alltags. Das Erbe der Bürokratie reicht von der Zerstörung der Umwelt und der Fehlentwicklung der Wirtschaft bis zur Zerschlagung jeglicher Demokratie in Partei und Staat. Der tägliche Kampf um Nahrung, Kleidung und ums Überleben bestimmt das Leben der Arbeiter. Die Wirtschaft der Sowjetunion liegt am Boden, bürokratische Fehlplanung, Korruption und Kommandowirtschaft ohne Mitspracherecht der Arbeiter führen ins Chaos. Zuverlässige Untersuchungen oder Zahlen über die sowjetische Wirtschaft gibt es jedoch nicht. Konsumgüter sind teuer und schwer zu bekommen. In Moskau kann man nur mehr mit Personalausweis einkaufen. Die Lebens-

mittelpreise sind in der letzten Zeit angestiegen. Ein Anheben des Brotpreises ab 1. Juli 90 wurde von Obersten Sowjet noch abgelehnt, weil man Widerstand in der Bevölkerung befürchtete. Im Herbst soll darüber neu von der Regierung entschieden werden. Die sowjetischen Arbeiter müssen für die notwendigen alltäglichen Güter ein vielfaches länger arbeiten als ihre Kollegen im Westen. Während des Bergarbeiterstreiks im letzten Jahr wurden die katastrophalen Zustände in den Bergarbeiterstädten bekannt: Holzhütten, keine sanitären Anlagen, unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln. Die Umweltzerstörung führt zu schweren Krankheiten und einer geringeren Lebenserwartung. Die Bergarbeiter forderten mehr Lebensmittel, höhere Gehälter, stabile Preise und bessere Sicherheitsbedingungen. Seitdem ist es in vielen Bereichen der Wirtschaft zu Protestaktionen der Arbeiter gekommen. Aufsehen erregt haben auch die Demonstrationen gegen die Vorgänge und gegen die Bürokratie im Zusammenhang mit Tschernobyl.

Die große Streikbewegung der Bergarbeiter setzte ein Signal, die Arbeiterbewegung erhob zum ersten Mal in der Perestroika ihre Stimme. Bis jetzt konnte die "Umgestaltung" nichts an der Lage der arbeitenden Menschen ändern. Die Versorgung mit Lebensmitteln oder Konsumgütern wird nur noch schlechter. Der Streik, der auf seinem Höhepunkt hunderttausende Bergarbeiter umfaßt und von Sibirien bis zur

Ukraine reichte, erkämpfte gegen den Widerstand der Bürokratie einige Zugeständnisse. Es bildeten sich Streikkomitees und Arbeiterräte, die noch heute die Verwaltung der Bergarbeitergebiete in den Händen halten. Als Gorbatschow am 1. Mai mit Protesten gegen die Staatsführung konfrontiert war, nahmen 600 Delegierte und Besucher von unabhängigen Arbeiterorganisationen aus der ganzen UdSSR an einer Konferenz in der sibirischen Stadt Nowokusenjekz teil. Es war die Gründungskonferenz der Arbeiterkonföderation der UdSSR, einer unabhängige Gewerkschaft für die Sowjetunion. Als einziger ausländischer Besucher war ein marxistischer Parlamentsabgeordneter und Unterstützer der marxistischen Zeitung "Militant" aus Großbritannien eingeladen, der während des Bergarbeiterstreiks die Solidaritätsaktionen in Großbritannien organisierte. Der Widerstand der Arbeiterorganisationen richtet sich vor allem gegen die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung. Der erste Schritt Gorbatschows zur Einführung der "Marktwirtschaft" ist eine Welle von Preiserhöhungen für Konsumgüter und Nahrungsmittel. Gorbatschow bemühte sich, in Ansprachen die Menschen zu beruhigen. Gorbatschow und die derzeitige KP-Führung werden mit der schlechten Wirtschaftslage in Verbindung gebracht. Noch kann sich Gorbatschow als Kompromiß zwischen konservativen und liberalen Bürokraten halten. Den Massen konnte sich in letzter

Zeit Jelzin als Retter in der Not präsentieren. Er gründete die Demokratische Plattform in der KP und organisiert den bürokratischen Widerstand gegen Gorbatschow. Jelzin kündigte jedoch bereits seinen Austritt aus der KPdSU an, das könnte zu einer Spaltung der KP führen. Er versteht es perfekt, die Rolle eines volksnahen Politikers zu spielen. Die Marktwirtschaft soll, laut Jelzin, in Rußland ohne Preiserhöhungen eingeführt werden. Die Masse der Arbeiterschaft unterstützt noch Jelzin, weil sie ihn mit dem Kampf gegen den bürokratischen Apparat und für demokratische Rechte in Verbindung bringt.

Doch was unterscheidet Jelzin von Gorbatschow? Auch Jelzin ist im Parteiausschuss zu Kätern und Privilegierten gekommen. Jelzin gehört zu jener Sorte "liberaler" Bürokraten, die gänzlich das Vertrauen in "ihren" stalinistischen Staat verloren haben und sich an die Kapitalisten und Profiteure verkaufen, um an der Macht zu bleiben. Doch auch diese Bürokraten müssen von der schlechten Wirtschaftslage und von Protest gegen die bürokratische Herrschaft ablenken. Die unbewältigten Probleme der stalinistischen Nationalitätenpolitik überdecken die sozialen Kämpfe der Arbeiter. Die Gründe sind vielfach und reichen in die Herrschaftszeit Stalins zurück: Zwangsdeportationen, Enteignungen und wirtschaftliche Maßnahmen auf Kosten bestimmter Volksgruppen (wie im Fall Kirgisien), Unterdrückung von Kulturen und Sprachen und nicht zuletzt die Propaganda der Herrschenden. Jelzin wie die Mehrheit der Bürokratie spielen die nationale Karte aus. Der Oberste Sowjet von Rußland stellte kürzlich die Gesetze der Russischen Republik über die der Union. Rußlands Bürokratie trotzte der Zentralregierung Macht ab. Dahinter stehen natürlich wirtschaftliche Zwänge der bürokratischen Machtbehaltung. Der Vorstoß Jelzins zwang Gor-

batschow zu erklären, daß aus der UdSSR als Bundesstaat ein Staatenbund unabhängiger Staaten werden soll.

In allen Sowjetrepubliken treten zunehmend nationalistische Strömungen in der Kommunistischen Partei hervor. Die stalinistische Bürokratie in der UdSSR sieht, daß ein schnelles Einführen der kapitalistischen Marktwirtschaft unmöglich ist, so ist der Nationalismus geeignet, die Arbeiterschaft von ihrem Kampf gegen den Stalinismus abzuhalten. Dieses Phänomen des Nationalismus oder auch Antisemitismus können wir auch



Streikende Bergarbeiter

in den KPs von Polen, Rumänien oder Bulgarien feststellen. In den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten der UdSSR werden die nationalen Unruhen (z.B. in Armenien oder Kirgisien) noch von den lokalen Regierungen gefördert. Es liegt in der Natur der bürokratischen Herrschaft, daß die Bürokratie immer im Interesse ihrer eigenen Privilegien und ihrer Macht handelt. Das macht die Spannungen innerhalb der herrschenden Clique und der KPdSU, die nicht die Partei der Arbeiter ist, begreiflich. So kommt zu dem wirtschaftlichen noch ein politischen Chaos. Die Regierung und die lokalen Bürokraten taumeln zwischen Zentralismus, Dezentralisierung, Plan und Markt, Nationalismus und Zentralgewalt hin und her.

Für die Mehrheit der sowjetischen Arbeiter stellt sich die "Marktwirtschaft" als die einzige Alternative dar. Aber wie die Konferenz der unabhängigen Gewerkschaften gezeigt hat, verbinden die Arbeiter Marktwirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und besseren Leben. Die Vorstellungen der Bürokratie von der Wirtschaftsreform sehen so aus: Der Großteil wird zwar weiter verstaatlicht sein, doch große Einschlüsse von privatkapitalistischer Produktion mit dementsprechenden Eigentumsformen werden die Lage der Arbeiterschaft kaum verbessern. Jedenfalls wird auf diese Weise nicht die erhoffte Arbeiterdemokratie erreicht werden. Die Arbeiterkonferenz lehnte Korruption, Bereicherung und den bürokratischen Apparat ab. Die Privatisierung war kein Thema dabei. Schon bald wird sich zeigen, daß auch Jelzin und die Demokratische Plattform keine Verbesserungen für die Arbeiterschaft bringen werden. Noch kann man schwer abschätzen, wie stark sich die nationalen Unruhen auf die Entwicklung auswirken werden. Wie wird sich die Armee verhalten? Ist eine chinesische oder rumänische Lösung in Sicht? Die politische Situation scheint unsicherer als je zuvor. Die Reaktion der USA offenbart die Skepsis der westlichen Kapitalisten in die Perestroika Gorbatschows. Außerdem Gratulationen erhielt Gorbatschow keine wesentliche Unterstützung, weder finanzielle Hilfe noch Investitionen. Auf der Basis einer Mangelwirtschaft in vielen Bereichen ist nicht an die Einführung westlicher kapitalistischer Strukturen zu denken. Außerdem wie sollte die kapitalistische Marktwirtschaft die Probleme der Umweltzerstörung, der Unterversorgung und der Verarmung der Bevölkerung bewältigen? Die Kapitalisten werden versuchen, möglichst viel Profit herauszuholen (siehe MacDonalds), aber es wird keinen

neuen "Marshall-Plan" für die UdSSR geben.

Die einzige Hoffnung für die Sowjetunion wie für alle Staaten des realen Stalinismus, die durch revolutionäre Entwicklungen gehen, ist die organisierte Arbeiterschaft. Die jetzige Situation ist nicht die Niederlage des Sozialismus, sondern unterstreicht seine Notwendigkeit. Ein Sozialismus, der Vergesellschaftung an Produktionsmittel mit demokratischer Verwaltung, Kontrolle und Planung der Gesellschaft durch die Arbeiter verbindet. Da die kommunistischen Parteien durch die Bürokratie und ihrer Diktatur völlig diskreditiert sind, wird sich der Arbeiterprotest zuerst in den Gewerkschaften äußern. Außerdem bestehen noch Illusionen in die Politik eines

Jelzins. Die unabhängigen Gewerkschaften, die Streikkomitees, Arbeiterräte und -clubs sind Zentren der neuen Bewegung. Doch man darf keine Wunder erwarten. Diese aufkeimende Arbeiterbewegung muß sich erst beständige Organisationen und Programme schaffen.

Die neue Arbeiterbewegung hat enorme Möglichkeiten. Die Arbeiter werden in den sozialen Kämpfen durch Erfahrung lernen, daß eine neue sozialistische Arbeiterpartei notwendig ist, den Kampf gegen die Bürokratie auf die Schaffung eines neuen Sozialismus, der auf Arbeiterdemokratie gegründet ist, weiterzutreiben. Auch wir sind der sowjetischen Arbeiterbewegung und deren notwendigen Kampf um soziale Rechte und um Arbeiterdemokratie!

Thomas Kerschbaum SJ 10

Trinkwasser oder Giftbrühe

Die Qualität unseres Grund- und Trinkwassers ist ein wesentliches Element eines gesunden Lebens. Auch in diesem Bereich wurde bisher ausschließlich nach dem Prinzip des privaten Profites anstatt nach den Bedürfnissen der Menschen gehandelt!

Zwei plakative Beispiele sollen die derzeitige Situation in Österreich charakterisieren: Im Bereich Schlickendorf soll ein Brunnenfeld erschlossen und an das Trinkwassernetz Krems angeschlossen werden. Die Firma "Eternit" will dies mit Trinkwasserrohren aus Asbestzement bewerkstelligen und hat bereits sicherheitshalber ein Gutachten vorgelegt, das die Harmlosigkeit des Asbestzementes becheinigen soll. Doch sogar in den USA wurde vor kurzem ein Gesetz beschlossen, wonach alle Produkte mit dem krebsauslösenden Asbest für die nächsten sieben Jahre aus dem Verkehr gezogen werden müssen! Dies betrifft 94% aller asbestenthaltenden Waren. Die US-Studie zeigt ebenfalls, daß in den USA jährlich 3000 bis 12000 Menschen an Krebs sterben, ausgelöst durch Asbest. Allein

diese Erkenntnisse müßten genügen, um auch in Österreich Asbest mit sofortiger Wirkung zu verbieten!

In einer derartigen Aufzählung von "Sündenfällen" darf natürlich keinesfalls das allseits bekannte Beispiel Mitterndorfer Senke fehlen: Dieses, Europas größtes, Trinkwasserreservoir (für 500000 Menschen) ist durch gefährliche chlorierte Kohlenwasserstoffe verseucht. Sie wirken hemmend auf das Zentralnervensystem und schädigen Leber und Nieren. Als Verursacher werden die VEW-Ternitz, die JLC-Chemie Wr. Neustadt sowie einige hochkriminelle Mülldeponien, allen voran die bekannte Fischer-Deponie in Theresienfeld, dringend verdächtigt. Seit 1983 ist den Politikern die Verseuchung bekannt. Dennoch wurde nichts dagegen unternommen! Schon im September 1980 berichtete eine "Argumenta"-Sendung des ORF über die Problematik der Mitterndorfer Senke. Der Vergiftungstod eines jugoslawischen Gastarbeiters bei Grabungsarbeiten an einem Brunnenschacht in Wr. Neustadt im August 1981 und die Feststellung von erhöhten Werten von chlorierten Kohlenwasserstoffen im Februar 1982 im Wasserwerk Ost bewirkten nur, daß der Toleranzwert von 10 auf 25 µg/l Trinkwasser erhöht und das Wasserwerk gesperrt wurde. Im April 1982 mußte der neuerrichtete Brunnen in Bad Fischau wegen einer Verunreinigung von 320 µg/l gesperrt werden. Nach einigen weiteren Vorfällen kam es erst im Mai 1987 auf Druck der Öffentlichkeit zur Sperrung der Deponie.



Mittlerweile wurde der Toleranzwert von 25 auf 30 µg/l erhöht, im August 1987 aber am Werksgelände des VEW-Ternitz 2500 µg/l gemessen. Weiterhin geschah nichts zur Sanierung, und Ende Mai 1988 wurde wieder in Ternitz ein Wert von 5000 gemessen, was wohl die endgültige Verseuchung für das gesamte Trinkwasserreservoir bedeutet!

Es gibt überall massive Verschmutzung des Wassers. Seien es die Fabriken, die ihre giftigen Abwässer in Flüsse einleiten und auf die "Selbstregulierung" vertrauen. Seien es die, meist völlig unzureichend ausgerüsteten, Kläranlagen, die chemischen Verschmutzungen nicht beseitigen können. Oder seien es jene Deponien (und das ist die Mehrheit), deren Sickerwasser das Trinkwasser enorm gefährden. Bis jetzt haben es die verantwortlichen Stellen verabsäumt, hier wirklich zu handeln. Die Profite der Unternehmer waren wichtiger als die Bedürfnisse der Bevölkerung. Es gibt zwar Strafen für Umweltünder, sie sind aber so niedrig, daß die Betriebe sie schon fix einkalkulieren.

Aber

angeblich wird ja jetzt alles anders, da im Parlament die "Wasserrechtsnovelle" von der Großen Koalition beschlossen wurde. Doch gibt es noch genauer Durchsicht eine Menge an Ungeheimnissen: Die Landwirtschaft darf weiterhin verschmutzen, der im Gesetz genannte Stickstoffeintrag pro ha und Jahr muß als Legalisierung der bisherigen Gülleentsorgungspraktiken und Kunstdüngerabgaben betrachtet werden. Eine dynamische Anpassungspflicht für Abwassereinleitungen nach dem Stand der Technik wurde nicht normiert. Emissionsgrenzwertverordnungen sind als maximale und nicht als minimale Anpassungserfordernisse konzipiert. Eine große Einschränkung bei der Durchführung besteht im Mitspracherecht des Wirtschaftsministers und damit der Industrie! Außerdem sind wesentliche Industriekomplexe wie die OMV, die Montanwerke

Brixlegg, Elektrizitätswerke sowie Flughäfen und Schifffahrtsanlagen gänzlich ausgenommen.

Positiv muß die neue gesetzliche Möglichkeit von Enteignungen bei unrechtmäßiger Handhabung von Deponien gesehen werden (§63). Gerade diese Verordnung unterstreicht unsere Forderungen nach Enteignung von Umweltverschmutzern! Bleibt nur zu hoffen, daß dieses Gesetz auch angewandt wird.

All diese Beschreibungen zeigen die Möglichkeiten des staatlichen Eingriffes, aber

gleichzeitig auch dessen Grenzen - siehe Mitspracherecht des Wirtschaftsministers. Solange die Interessen des privaten Profites herrschen, werden die Bedürfnisse der Allgemeinheit nicht ausreichend befriedigt werden können, d.h. nur eine demokratisch geplante Wirtschaft wird auch die Interessen von Produzenten (nicht von Unternehmen sondern von Arbeitern) und Konsumenten in sich vereinen!

Thomas Mann, SJ 5

GESCHMACKLOS

Die zuletzt von Marizzi und Cap angeschlagenen Töne hinterlassen einen mehr als bitteren Nachgeschmack. Daß derartige Aussagen ("Das Boot ist voll") von SPÖ-Politikern, und noch dazu von den beiden Zentralsekretären gemacht werden, ist einfach schlimm.

Eine derartige Orientierungslosigkeit bei der (mehr' oder weniger) überraschenden Einwanderungswelle kann nur entstehen, wenn eine konsequente sozialistische Politik fehlt.

Die Ängste der österreichischen Arbeitnehmer sind teilweise berechtigt: In der derzeitigen Situation können ausländische Arbeitern tatsächlich von der Wirtschaft als Lohndrücker benutzt werden. Die Arbeitsplätze der Österreicher sind zwar nicht gefährdet, dafür liegt die Arbeitslosigkeit bei den ausländischen Kollegen bereits bei 30%.

Deswegen ist "das Boot" allerdings noch lange nicht voll: Die Gewerkschaften und die SPÖ müssen endlich Druck machen, um die längst überfällige 35-Stunden-Woche durchzusetzen - und zwar sofort! Der Angst um die Arbeitsplätze darf nicht mit Fremdenhass, sondern nur mit entsprechender Arbeitszeitverkürzung begegnet werden.

Die Gefahr, daß ausländische Arbeitnehmer als Lohndrücker

eingesetzt werden, kann durch die Einführung eines Mindestlohns von 12.000,- netto für jeden Arbeitnehmer gebannt werden. Die Einwanderungswelle würde kein Problem darstellen, wären die Rechte aller Arbeitnehmer gesichert. Die Arbeiter in zwei Lager zu spalten, ist der falsche Weg: inländische und ausländische Arbeitnehmer haben gemeinsame Interessen und müssen daher auch gemeinsam dafür kämpfen.

Die 35-Stunden-Woche und ein gesetzlich garantiert Mindestlohn sind in jedem Fall notwendig. Die Zuwendung von ausländischen Arbeitern ist nur ein Argument mehr, die Rechte aller Arbeitnehmer besser abzusichern.

Andrea Koch SJ 10



Für eine marxistische



Jugendliche gehören zu den am meisten unterdrückten Schichten in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Die katastrophale Situation der Lehrlinge, Notdruck, Jugenarbeitslosigkeit, schlechte Entlohnung und politische Rechtlosigkeit sind Ausdruck dafür. Es gibt also genug Möglichkeiten sozialistische Alternativen zu präsentieren. Doch die SJ-Führung scheint da anderer Meinung zu sein.

Für junge Leute die die SJ beim Namen nehmen und nach einer kämpferischen sozialistischen Jugendorganisation suchen, bietet sich zur Zeit ein eher abschreckendes Bild. Pessimismus und Inaktivität haben sich breitmacht, Lehrlinge und Arbeiterjugendliche sind rar geworden. Die SJ-Führung stellt diesen erschütternden Zustand einfach als allgemeinen Trend dar, gegen den man machtlos sei. In Wirklichkeit werden Versuche, offensiv gegen die Unternehmerangriffe aufzutreten, abgewürgt (z.B. Ladenschluß). "Selbst-erfahrungstrips" und "Projekt-orientierung" sind die Zauberwörter vieler SJ-Bürokraten. Politisch läßt "man" sich treiben wie ein Segel im Wind. Standpunkte zu aktuellen Fragen sind meistens nicht Ergebnisse eines ernsthaften Diskussionsprozesses, sondern kommen eher "zufällig" zustande.

SJ-Verbandstag

Der SJ-Verbandstag war ein gutes Spiegelbild für die allgemeine Situation in der Organisation. Resolutionen mit über 40 Seiten wurden ohne vorherige Behandlung in 90 Minuten Arbeitskreisdiskussion und 10 Minuten Plenardiskussion auf Drängen der SJ-Rechten, gegen den Protest der ÖU und Teilen der Wiener Organisation, durch-

gepeitscht. Ergebnis dieser Vorgangsweise und mangelnder sozialistischer Perspektiven sind jetzt offizielle SJ-Standpunkte, welche die bürgerliche Presse nicht "besser" hätte formulieren können: "Der Kommunismus ist gescheitert - der Kapitalismus wird sich früher oder später überall durchsetzen." In Südafrika unterstützt man die "Verhandlungen" mit dem (Arpartheits) Regime. Fast nirgendwo wird auf die Arbeiterbewegung und ihre Kämpfe eingegangen - für die SJ-Führung scheint Sozialismus weder möglich noch notwendig und wahrscheinlich nicht einmal erstrebenswert. Umso erfreulicher ist das relativ positive Echo, welches Unterstützer der Zeitung Vorwärts erhielten. Mehr als dreißig Zeitungen wurden zum Solidaritätspreis verkauft, ebensoviel Unterschriften für die "Kampagne für eine sozialistische Politik" konnten gesammelt werden. Auch der Büchertisch mit marxistischer Literatur erfreute sich großer Beliebtheit. Positiv zu vermerken ist allerdings auch ein gewisser Linksruck in der Besetzung der neuen Verbandsführung. Auf die "rechte Gusenbauerpartie", die den Verabnd politisch und organisatorisch weiter zugrunde gerichtet hat, folgte der "linken" Oberösterreicher Wink-



Für eine kämpferische
SJ-Politik

John Evers SJ 5



Ungerechtigkeit

Das Kaufhaus Herzmansky ist bekannt als eines der größten und modernsten Kaufhäuser in Wien. Über die Situation der Beschäftigten weiß man aber nichts.

Wie überall im Handel ist die Bezahlung äußerst mies, aber vor allem ungerecht. Während zum Beispiel Ferialpraktikanten ohne spezifische Ausbildung etwa 10.000 öS brutto verdienen, bekommt ein Lehrling im 1. Lehrjahr 3525 öS, im 2. Lehrjahr 4520 öS und im 3. Lehrjahr 6525 öS - das ist entschieden zu wenig. Jeder arbeitende Mensch muß genug verdienen, um sich ein unabhängiges Leben finanzieren zu können - egal ob Lehrling oder Praktikant. Ein ausgelernter Verkäufer verdient durchschnittlich 9000 öS netto, was bei den steigenden Lebenshaltungskosten (ständige Erhöhung der Mietkosten!) gerade zum Leben reicht. Die größte Ungerechtigkeit im Kaufhaus Herzmansky besteht jedoch bei der unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen. Männer verdienen nämlich grundsätzlich zwischen 100 und 200 öS mehr als Frauen. Außerdem haben sie um vieles größere Aufstiegschancen. Besonders zynisch und unglaublich erscheint das angesichts der 100% Gewerkschaftsbeteiligung der Beschäftigten. Im Kaufhaus Herzmansky kann man nämlich nicht selbst entscheiden, ob man sich gewerkschaftlich organisieren möchte oder nicht, sondern der Mitgliedsbeitrag wird automatisch vom Gehalt abgezogen. Natürlich ist ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad positiv, aber durch diese Art Zwangsmitgliedschaft verliert die Gewerkschaft an Bedeutung und Ansehen. Denn wo bleibt in diesem Fall das offensive Auftreten der Gewerkschaft und der Betriebsräte, wenn es um gerechtere Bezahlung und somit

um Verbesserung der Arbeitsbedingungen geht? Besonders die Betriebsräte scheinen oft nicht Vertreter der Arbeitnehmer zu sein, sondern häufig mit der Geschäftsleitung einer Meinung. Sie fungieren so als praktisches Werkzeug der Unternehmer, wenn es zum Beispiel darum geht, Forderungen der Belegschaft abzuwehren.

Zur schlechten Bezahlung im Verkauf kommt auch noch die häufige Demütigung durch die Kunden, die man sich gefallen lassen muß, da "der Kunde König ist" und eine Beschwerde des Kunden im Personalbüro, mag sie auch noch so ungerechtfertigt sein, meistens zugunsten des Kunden gewertet wird. Eine Regelung im Kaufhaus Herzmansky fällt auch noch besonders auf. Die Verkäufer haben sich um 8Uhr30 am Arbeitsplatz einzufinden, was durch eine Stechuhrkontrolliert wird. Um 8Uhr28 zu "stechen", ist jedoch schon zu spät - ab diesem Zeitpunkt wird eine Viertel Stunde vom Lohn abgezogen. Ob man jedoch um 10 Minuten später das Haus verläßt (was die Regel ist), interessiert die Geschäftsleitung nicht und wird auch nicht bezahlt. Im Gegensatz dazu scheint es bei den Angehörigen der Chefetage nicht notwendig zu sein, ihr Kommen und Gehen zu kontrollieren und bei Zuspätkommen etwas vom Gehalt abzuziehen.

Es muß klar gesagt werden, daß die Bedingungen im Kleinhandel wesentlich ärger sind - das ist aber keine Entschuldigung für die Zustände bei Herzmansky und anderen Großkaufhäusern. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaft, verstärkt Unternehmerangriffe abzuwehren und die Interessen der Belegschaft mit einem Kampf für die 35-Stunden-Woche und einen Mindestlohn von 12.000 öS netto aktiv zu vertreten.

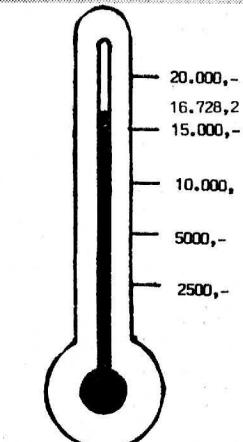
Claudia Sorger SJ 5

Eiszeit für marxistische Ideen ?
Nicht für die marxistische Zeitung VORWÄRTS. Noch nie war die Unterstützung für unser Blatt so groß. Ob Fackelzug, 1. Mai, SJ-Verbandstag oder Donauinselfest Überall wurden hervorragende Spenden und Verkaufsergebnisse erzielt. Besonders erfreulich war der vorbildliche Einsatz von Genossinnen und Genossen aus der SJ-20, die mit uns am 1. Mai hunderte Zeitungen verkauften.

Von Genossen aus der SJ-5,10 und 23 wurden zwischen 300 und 2500,- gespendet. Wolfgang Svec und Wolfgang Flurschütz gaben 300 bzw. 350 öS, Ulli Sefelin aus der SJ-3 100 öS. Insgesamt ging in den letzten 2 Monaten der unglaubliche Betrag von 8.835 öS ein. Der Gesamtstand beträgt somit 16.728,20 öS.

Sehr wichtig ist auch die aktive Unterstützung aller jener Genossinnen und Genossen, die zur Zeit noch "passiv" mit uns sympathisieren.

Investiert in die Zukunft !
Investiert in Vorwärts !



ATOMKRAFT

Vier Jahre nach Tschernobyl gehört die Atomindustrie weltweit nach wie vor zu den Wachstumsbranchen. Ein Ende oder auch nur ein langsameres Wachstum ist nicht in Sicht.

Das einzige, was man scheinbar aus Tschernobyl gelernt hat, ist, daß die UdSSR nicht weiß, wie man Kernkraftwerke baut. Man tut so, als ob der Betrieb der AKWs im Westen völlig problemlos und störfallfrei ablaufe. Verschwiegen wird, daß die Atommeiler 3/4 der Zeit stillstehen, um überholt zu werden oder in direkter Folge "kleiner Störungen im Betriebsystem". Vergessen sind die Katastrophen im amerikanischen Harrisburg oder im englischen Windscale. Schon damals behaupteten die Deutschen, ihre Kernkraftwerke seien sicherer.

Es gibt aber keine Garantie für einen sicheren Betrieb von AKWs, da schon bei Normalbetrieb die radioaktiven Emissionen und Abwässer direkte Auswirkungen auf das Ökogleichgewicht und die Nahrungsketten haben. Der Atommüll, der auf unverantwortliche Weise im Meer und in aufgelassenen Bergwerken deponiert wird, bleibt über 30.000 Jahre radioaktiv und stellt eine tödliche Gefahr für den Menschen dar. Ein Freiwerden des verseuchten Materials ist durch Explosionen in den Schächten oder Ausschwemmung mit Grundwasser absolut im Bereich des Möglichen. Solche Schächte befinden sich in der BRD, einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Erde. Wo sollen die in den 426 AKWs anfallenden riesigen Mengen verseuchten Materials verstaubt werden? Das in Planung befindliche tschechische Temelin und das jugoslawische Krsko liegen in Erdbebengebieten. Sie sind aber nicht erdbebensicher gebaut, da es so eine Bauweise gar nicht gibt. Die bundesdeutschen Kernkraftwerke

wiederum befinden sich in den Übungsgebieten der alliierten Luftstreitkräfte. Im Juli 1979 stürzte ein Phantom-Düsengäger nur 8 km vom AKW Würgassen ab. Ein Absturz nur wenige Sekundenbruchteile später auf das AKW selbst hätte wahrscheinlich hunderttausende Todesopfer zur Folge gehabt. Seither ereigneten sich des öfteren ähnliche Unfälle, die an der Zerstörung eines Reaktors und der damit verbundenen Katastrophe nur knapp vorbeiführten. Befürworter der Atomenergie erklären aber in der Regel, solche Katastrophen seien völlig unwahrscheinlich.

Ein wichtiger Faktor bei der unberehrbaren Technologie ist das "menschliche Versagen".

Angeblich perfekt durchdachte Systeme können durch Fehlentscheidungen zu Teufelsküchen werden und setzen das Leben und die Gesundheit Tausender aufs Spiel. Auch eine Vollautomatisierung kann hier nicht Abhilfe schaffen, da technische Gebrechen die gleichen Auswirkungen hervorrufen würden. Daß Kernenergie nicht beherrschbar ist, bewies sich in Tschernobyl.

Seither ist es von einer völlig unbewohbaren "Todeszone" von 60 km und einer "Gefahrenzone", einem Kreis von 120 km, umgeben. Schon morgen können Linz, Graz oder Wien auch in so einem Kreis liegen, der sich um die tschechischen, ungarischen, jugoslawischen und deutschen AKWs ziehen läßt.

1957 gab es im englischen Windscale einen Großbrand im Reaktor, bei dem in großen Mengen gefährliches Jod 131 entwich und wo bei der Brandbekämpfung nur mit Mühe ein Gau verhindert werden konnte. Niemand sprach von den Menschen, die in der Umgebung der Anlage wohnten. Noch heute, nach mehr als 30 Jahren, sterben in dem Gebiet ungewöhnlich viele Leute (darunter auch Kinder) an Krebs.

Im August 1987 erhielt ein Mitarbeiter einer deutschen Anlage eine die zulässige Höchstgrenze überschreitende Strahlendosis. Ursache war ein radioaktiver Behälter, der für unverseucht gehalten worden war. Ein bedauerlicher Irrtum. Der Mann wurde daraufhin von seinem Arbeitsplatz abgelöst. In der Presseaussendung dazu hieß es, daß in Zukunft zusätzliche Schutzkleidung und ein verbessertes Überwachungssystem derartige Unfälle vermeiden sollten. Diese angeblichen "Maßnahmen" verdeutlichen den Zynismus der Technokraten: Das Überwachungssystem dient ja nur dazu, die auf den Körper einwirkende Strahlendosis zu überwachen. Dann wird ein Arbeiter, dessen Körper verseucht ist, aus dem Verkehr gezogen und alles ist in bester Ordnung für die AKW-Betreiber, denn der Arbeiter hat seine "zulässige" Strahlendosis und der Kapitalist strahlt über seinen Profit.

Die Regierungen und Energieverantwortlichen halten nach wie vor an dieser gefährlichen, menschenverachtenden Technologie fest, obwohl nach und nach ihre Argumente entkräftigt werden. Selbst ihr Hauptargument, Atomenergie sei billig, stellte sich als unrichtig heraus:

Die Kosten für den Bau einer Reaktoranlage steigen schneller als die allgemeine Inflationsrate oder vergleichsweise zehnmal schneller als für eine Erdölraffinerie, nicht zuletzt durch die angehobenen Sicherheitsstandards, die durch den öffentlichen Widerstand erzwungen werden konnten. Der Uranpreis stieg in fünf Jahren von 7 Dollar/pound auf mehr als 40 \$. Die Kosten der Lagerung und Entsorgung, aber vor allem der Demontage von abgewirtschafteten Anlagen gehen ins Astronomische.

Die degenerierten Arbeiterräte in Ostdeutschland und die jugoslawischen Staaten im Osten wollten technologisch mit dem Westen auf gleichem Stand sein und sahen die Kernkraft als Prestigeobjekt. Die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung

waren ihnen gleichgültig, denn sie waren ja nicht sozialistisch. Arthur Scargill, britischer Gewerkschafter, hat wiederholt geäußert, daß ein Sozialist auch Atomgegner sein müsse. "Mit Atomkraft sind Gefahren verbunden, die sich gegen das Interesse des Volkes richten".

Von den Kraftwerksbetreibern wird gezielt der Eindruck erweckt, daß wir mehr und mehr Energie brauchen. So wird ein höherer Energiebedarf vorausgesetzt, der dann nur durch extreme technische und wirtschaftli-

che Anstrengungen befriedigt werden kann (Kernenergie, Wasserkraftwerksausbau). Beides ist nicht zumutbar, solange die Möglichkeiten besserer Energienutzung und Alternativenenergien (Sonnen-, Windenergie, Erdwärme etc.) nicht ausgeschöpft worden sind!

Es liegen inzwischen zahlreiche Untersuchungen vor, daß bei Anwendung alternativer Energieformen eine große Anzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen und viel mehr Facharbeiter auf allen Gebieten erforderlich würden.

Hannes Gellner SJ 5

Arbeiterräte in Ungarn

In Ungarn werden die Angriffe auf die Arbeitersklasse immer heftiger: Betriebe werden wegen "Unrentabilität" geschlossen, privatisiert oder teilweise an ausländische Firmen verkauft. Derartige Maßnahmen sind meist mit Kündigungen oder empfindlichen Lohnkürzungen verbunden.

Um die Arbeiter gegen die Angriffe der Unternehmer zu organisieren, werden Arbeiterräte gebildet.

Hier sind einige Aussagen von führenden Vertretern der Arbeiterräte: Die Namen können wir leider nicht veröffentlichen, da wir diese Arbeiter nicht gefährden wollen.

A - Führendes Mitglied des Arbeiterrates einer großen Lederfabrik in Budapest

"Im letzten Jahr wurden viele Betriebe unseres Unternehmens teilweise privatisiert. Ich bin gegen Privatisierung, aber die alte Regierung Nemeth hat alle staatlichen Unterstützungen gestrichen, sodaß einige Firmen auf privates Kapital und ausländische Investoren angewiesen sind. Vorteile bringt das nur für die Investoren, nicht für die Arbeiter."

"In einem Betrieb, der zu 60% privatisiert wurde, gab es besonders scharfe Angriffe: Mütter werden nach der Geburt ihrer Kinder einfach nicht wieder aufgenommen, ebenso wie

junge Arbeiter nach dem Militärdienst. Die Betriebe werden an die privaten Investoren praktisch verschenkt. Rein rechtlich können die Arbeitnehmer 30% des Aktienkapitals besitzen - aber unsere Löhne betragen nur 8% der betrieblichen Wertschöpfung!"

"Die alten Gewerkschaften können unsere Rechte nicht wirklich verteidigen. Daher werden in vielen Fabriken Arbeiterräte gebildet. Wir wollen volle Mitsprache bei allen betrieblichen Entscheidungen. Wir haben ein nationales Büro der Arbeiterräte gebildet, das eine Hilfestellung bei der Gründung von Arbeiterräten und in rechtlichen wie ökonomischen Fragen bieten soll."

B - Führendes Mitglied im Arbeiterrat der IKARUS-Busfabrik

"Das frühere System hat die Arbeiter betrogen. Die Gewerkschaften sollten die Interessen der Arbeiter vertreten, zum Beispiel im Kampf für einen Mindestlohn. Aber die alten staatlichen Gewerkschaften sind zusammengebrochen. Unsere neuen Arbeiterräte sind parteiunabhängig. Die Vertreter werden in Massenversammlungen der Arbeitnehmer demokratisch gewählt."

"Ich gebe der neuen Regierung noch ein Jahr. Die Arbeiterräte sollten direkt im Parlament repräsentiert werden, gewählt von den Fabrikarbeitern."

Die Arbeiterräte sind unzufrieden mit dem alten Management - es ist unfähig."

"Von den 3.100 Arbeitnehmern in unserer Fabrik haben bereits 1.200 dem Arbeiterrat Ihre Unterstützungsunterschrift gegeben, um ihm rechtliche Geltung zu verleihen. Wenn wir 50% bekommen, können wir die Entlassung des Managements veranlassen. Wir können nicht streiken, weil wir keine Rücklagen haben. Aber wenn wir nicht im Management mitbestimmen können, könnten wir die Fabrik besetzen. Vielleicht gibt es keine andere Möglichkeit."

"Wir haben über die Übernahme der Fabrik diskutiert und einen neuen Produktionsplan ausgearbeitet. Wir werden das alte Management hinauswerfen."

"Ich gebe der neuen Regierung noch ein Jahr. Die Arbeiterräte sollten direkt im Parlament repräsentiert werden, gewählt von den Fabrikarbeitern."

WAS WIR WOLLEN

LIEBE GENOSSEN/INNEN

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Jede der Übergangsfordernungen ist für sich betrachtet notwendig; die Gesamtheit der Forderungen können wir aber nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische System überwinden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, schreibt uns, wir werden jede solidarische Kritik gerne diskutieren.

SOZIALISTISCHE PARTEI

- * Alle Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und kein Parteifunktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Schluß mit Privilegien für Parteifunktionäre - sie müssen wissen, wen sie vertreten!
- * Die SPÖ muß durch konsequente sozialistische Politik zeigen, wen sie vertritt - die arbeitende Bevölkerung!

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

- * Wir fordern einen garantier-ten Ausbildungsplatz für jede/n!

- * Ausbildung muß aus der Unternehmerhand genommen werden. Wir sind für die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, die von den Gewerkschaften geleitet werden. Für die Finanzierung der Ausbildung soll der Profit der Unternehmer dienen.

BILDUNG

- * Wir fordern kostenlose Bildung für alle und den Ausbau der Möglichkeiten für alle Lohnabhängigen, sich bei voller Lohnfortzahlung weiterzubilden. Besondere Bedeutung soll die gewerkschaftliche Ausbildung erhalten!

- * Für die Abschaffung des dualen Bildungssystem, keine Trennung zwischen berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen!

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG UND NEUE TECHNOLOGIEN

- * Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals - für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern mit dem Ziel, die Wochenarbeitszeit auf ein Minimum zu senken!

UMWELTSCHUTZ

- * Stärkere Schutzbestimmungen gegen gesundheitsschädliche Faktoren am Arbeitsplatz und Wohnort!

- * Verstaatlichung der gesamten E-Wirtschaft! Konzentration auf alternative Energieerzeugung. Verbesserung der konventionellen Energieproduktion wie Einbau von Filteranlagen in allen kalorischen Kraftwerken.

- * Sofortige Stilllegung aller AKWs in Ost und West!

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen

Name

Anschrift



Ich möchte

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50,- ÖS

10 Ausgaben zu 100,- ÖS

ein VORWÄRTS-Förderabo
zu 50,- ÖS ... beziehen
(ab 50,- ÖS)

Einsenden an:

VORWÄRTS c/o Andrea Koch, Grenz-
ackerstraße 19/9/4, 1100 Wien